Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badischer Beobachter. 1863-1935
# 1914

118 (30.4.1914) 1. Blatt

Visual Library

Nr. 118 1. Blatt — Karlsruhe, Donnerstag, den 30. April 1914 — 52. Jahrgang

# Badischer Beobachter.

Fernsprecher Nr. 535

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 4844

Erscheint an allen Werktagen in einer Ausgabe, Samstags und vor Feiertagen in zwei. — Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich Mk. 2.70. Von der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Auswärts bei der Post abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 3.67 bei monatlicher oder vierteljährlicher Vorauszahlung. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljahrsschluß.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Anzeigenpreis: Die siebenspaltige kleine Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg., Platz-Anzeigen billiger. Bei Wiederholung entsprechender Nachlaß nach Tarif. Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße 42. Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der „Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe. Rudolf Basler, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Th. Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

# Neuestes vom Tage.

### Zur Gothaer Ministerkrisis.

**Koburg**, 29. April. Sämtliche Mitglieder des Koburger Landtags richteten ebenfalls eine Eingabe an den Herzog, in der dieser gebeten wurde, eine Entscheidung zu treffen, die es dem Staatsminister Richter in Ehren ermöglicht, im Amt zu bleiben. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß sich der Minister mit besonderem Geschick bemüht hat, die Beziehungen zwischen den beiden Schwesterlanden freundschaftlich zu gestalten. Ruhe und Frieden seien mit ihm in die Gemeinschaft der Herzogtümer Koburg und Gotha eingekehrt und er habe dann eine kräftige Vorwärtsbewegung im Gedeihen aller Landesinteressen eingeführt. Der Staatsminister erfreue sich im Koburger Lande voller Sympathie und des uneingeschränkten Vertrauens der Bevölkerung. Der Landtag hat auch den Staatsminister Richter zum weiteren Verbleiben im Amte ersucht.

### Die Novelle zur Reichsbesoldungsordnung.

**Berlin**, 29. April. Die Nachricht eines hiesigen Blattes, daß über die Novelle zur Reichsbesoldungsordnung gestern zwischen der Regierung und den Parteien des Reichstages „Kompromißverhandlungen" begonnen hätten, entspricht, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärt, nicht den Tatsachen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hatte mit den Führern der bürgerlichen Parteien über die weitere geschäftliche Behandlung der Besoldungsnovelle eine Besprechung, in der es von ihm nicht zweifelhaft gelassen wurde, daß die Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt festhalten muß. Daher ist das Zustandekommen des Gesetzes nur bei Annahme der Regierungsvorlage möglich.

### Die Geschäftslage des Reichstags.

**Berlin**, 29. April. Der Seniorenkonvent des Reichstages beriet heute vor der Plenarsitzung über die Geschäftslage. Es wurde in Aussicht genommen, entsprechend der ursprünglichen Absicht, die Tagung vor dem Himmelfahrtstage (21. Mai) zum Abschluß zu bringen. Eine Mitteilung der Regierung, ob der Reichstag diesmal geschlossen oder vertagt werden soll, ist dem Seniorenkonvent ebenso wenig zugegangen, wie eine Benachrichtigung über die Vorlagen, die die Verbündeten Regierungen noch fertiggestellt sehen möchten. An Gesetzentwürfen sollen noch erledigt werden: der Gesetzentwurf betr. die Konkurrenzklausel (zweite und dritte Lesung), die Anträge der Budgetkommission zur Frage der Lösung der Duellfrage (dritte Lesung), der Gesetzentwurf betr. Bürgschaften des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, der Gesetzentwurf gegen den Verrat militärischer Geheimnisse (zweite und dritte Lesung), der Gesetzentwurf betr. Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (zweite und dritte Lesung).

### Kaiser Franz Josef.

**Wien**, 29. April. Die Neue Freie Presse meldet aus Budapest: Bei dem heutigen Empfang der österreichischen Delegation erklärte der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand gegenüber dem Präsidenten der Delegation, daß das Befinden des Kaisers durchaus befriedigend sei. Der Katarrh sei bereits vollständig in Lösung begriffen und man könne mit voller Genugtuung sagen, daß das Unwohlsein beseitigt sei.

**Wien**, 29. April. Ueber das Befinden des Kaisers wird berichtet: Der Kaiser hatte eine erquickende Nacht, wodurch alle Krankheitserscheinungen sich heute günstig beeinflußt zeigen.

### Ein Expose des Grafen Berchtold.

**Wien**, 29. April. Heute nachmittag ¼3 Uhr trat der Ausschuß für Auswärtiges der österreichischen Delegation zu der ersten Sitzung zusammen, wobei der Minister des Aeußern Graf Berchtold das Wort zu einem Exposé ergriff.

In dem Exposé heißt es: Nach bewegten Zeiten sei unter dem Einfluß des allgemeinen Friedensbedürfnisses eine Periode fühlbarer Beruhigung in den internationalen Beziehungen eingetreten, in der sich der Liquidationsprozeß der überstandenen weltgeschichtlichen Ereignisse, wie die daraus sich ergebende politische Neuorientierung schrittweise vollzieht. Daß der neue Landesherr des albanischen Volkes mit ungeteiltem Enthusiasmus aufgenommen wurde und daß sämtliche Großmächte ihn sympathisch begrüßt haben, bildet ein günstiges Vorzeichen für das Gelingen seiner Mission. Die bisher ungeklärte Lage in dem Albanien zugesprochenen Teile von Epirus ist allerdings geeignet, den leitenden Faktoren in Durazzo ernste Sorge zu machen. Mit der vollkommenen Räumung des albanischen Gebietes wird eine wesentlich klarere Situation geschaffen sein, indem einerseits der albanischen Regierung die Möglichkeit gegeben wird, die Ordnung in ihrem Gebiete wieder herzustellen und andererseits den Aufständischen die Illusion über die Haltung der griechischen Regierung genommen wird. Geringere Sorgen als die Konsolidierung der Verhältnisse in Südalbanien haben bisher die angrenzenden Nordalbanier verursacht. Schwierigkeiten scheinen sich insofern zu ergeben, als die an Montenegro fallenden albanischen Stämme, Hoti und Gruda, Miene machten, der neuen Souveränität Widerstand zu leisten und die montenegrinische Regierung sich genötigt gesehen hat, Truppen an die Grenze zu schieben. Um Mißverständnissen und Uebergriffen vorzubeugen, haben wir die Delegierung der Abgrenzungskommission in die fraglichen Gebiete angeregt. Die übrigen Grenzverschiebungen scheinen praktisch durchgeführt, indem die neue Staatsautorität überall in Wirksamkeit getreten ist. Da die Neueinteilung den ethnischen Verhältnissen zum Teil nicht gerecht geworden ist, hat sich diese politische Umgestaltung nicht ohne jene tiefbedauerlichen Begleiterscheinungen vollzogen, welche im Balkan erfahrungsgemäß zu den Agitationsmitteln der nationalen Propaganda gehören. Es ist zu hoffen, daß diese mit den ethnischen Grundbegriffen des modernen Staatswesens unvereinbare Weise des Vorgehens nicht in die neue Aera hinübergenommen wird. Der von der Londoner Reunion beschlossene Minoritätenschutz sollte als Warnungszeichen dienen.

Unser Verhältnis zu den einzelnen Staaten der Balkanhalbinsel ist von größtem Wohlwollen für die freie und selbständige Entwicklung dieser uns unmittelbar benachbarten Staatswesen beseelt. Wir wollen hoffen, daß die friedliche Regierungsarbeit der weiteren Ausgestaltung unserer Beziehungen zu denselben förderlich sein wird. Wir hegen den Wunsch, daß die Türkei, die trotz der in dem gewaltigen Krieg mit den aufstrebenden christlichen Balkanstaaten erlittenen Einbußen ein starkes Element im nahen Osten geblieben ist, ihren Besitz konsolidieren werde. Unsere Interessen sind in diesem Belang sowohl politischer als wirtschaftlicher Natur.

### Die Politik des Grafen Berchtold.

**Budapest**, 29. April. Der Pester Lloyd schreibt in Besprechung des gestern veröffentlichten Rotbuches: Graf Berchtold hat erreicht, was er sich vorgesetzt hatte. Nur diejenigen prinzipiellen Kritiker haben einen Grund zur Beschwerde, die von vornherein mit Ermäßigung mit der Friedenspolitik Berchtolds nicht einverstanden gewesen sind und von ihm eine Verleugnung des Aehrentalschen Ausspruches, Oesterreich sei saturiert, gewünscht hätten. Nur der letzte Punkt des Berchtoldschen Programms, der freiwirtschaftliche Weg zum ägäischen Meere, ist noch zu erfüllen. Die Verhandlungen darüber dauern schon lange und zwar aus denselben unliebsamen Gründen, aus denen alles, was Europa mit Serbien und gegen Serbien zu regeln hatte, zu einer Geduldsprobe ausartete. Da aber die Geduld schon bisher mit vollem Erfog beobachtet worden ist, so ist zu hoffen, daß auch die Frage der Orientbahnen sowohl für die österreich-ungarische Monarchie, als für Serbien eine befriedigende Lösung finden wird.

### Das Befinden des Königs von Schweden.

**Stockholm**, 29. April. Wie mitgeteilt wird, dürfte es noch einige Wochen dauern, bis der Kräftezustand des Königs es gestattet, daß die von den Aerzten empfohlene Erholungsreise nach dem Süden angetreten werden kann. Eine Entscheidung über den Aufenthaltsort ist noch nicht getroffen worden. Die Aerzte haben festgestellt, daß der Aufenthalt auf Drottningholm und die Autofahrten, die der König täglich in der Gesellschaft der Königin in die Umgebung unternommen hat, dem König gut getan haben. Die Mitteilung des letzten Bulletins, daß der König einen großen Teil des Tages im Bett zubringe, ist nicht so zu verstehen, als ob der König vollständig entkleidet im Bett liegt. Der König geht voll angekleidet in seinem Zimmer umher, kann sich aber natürlich nicht lange bewegen, sondern muß einen großen Teil des Tages in dem Ruhestuhl liegen. Der Appetit ist gut, freilich muß der König Diät halten, doch versucht man seinen Speisezettel so abwechslungsreich wie möglich zu gestalten.

### Zur Ulsterbewegung.

**Belfast**, 29. April. Ein aus elf Schiffen bestehendes Panzergeschwader ankerte heute früh in der Bai von Bangor.

(Weitere Telegramme siehe 3. S. und 2. Bl. 3. S.)

## Das Trierer „Quertreiber"-Organ betreffend noch einmal.

In Nr. 30 des Trierer „Quertreiber"-Organes vom 22. April wird anscheinend von zwei verschiedenen Seiten über die Antwort geurteilt, welche ich demselben gewidmet habe. In dem einen der beiden Artikel werden die unwahren Anschuldigungen gegen mich erneut erhoben. Ich kann sie deswegen nicht mehr als Verdächtigungen bezeichnen, muß sie vielmehr als Verleumdungen charakterisieren.

Der Artikel schließt mit den Worten:

„So lange also Herr Wacker diese seine Aeußerungen nicht bedauert und als irrig zurücknimmt, und so lange er nicht dafür sorgt, daß die gefährliche Broschüre, die diese Irrtümer enthält, aus dem Handel zurückgezogen wird, besteht keine Möglichkeit, auch nur ein Wort von den früheren Darlegungen der Petrus-Blätter abzuändern."

Der zweite Artikel beginnt mit folgenden Einleitungssätzen:

„Von dem Verfasser unserer Abhandlungen „Gegen die Quertreiber" erhalten wir soeben noch eine längere Erwiderung auf die Erklärung Wackers, die in folgenden Forderungen gipfelt:

Herr Wacker kann außerordentlich schnell die Situation klären, wenn er die folgenden Fragen mit einem schlichten Ja oder Nein beantwortet."

Daran reihen sich die „folgenden Fragen", welche ich „mit einem schlichten Ja oder Nein beantworten" soll. Es sind deren 5. Da ich nicht gewillt bin, mit einem „Quertreiber"-Organ mich in eine Diskussion einzulassen, nehme ich Umgang davon, dieselben mitzuteilen.

Der Schluß des Artikels lautet:

„Herr Pfarrer Wacker, dem ja so ungemein viel an Klarheit liegt und der so bewegten Herzens über die Spaltungen unter den deutschen Katholiken klagt, wird gewiß auf diese Fragen eine klare und unzweideutige Antwort nicht verweigern. Von dieser werde ich mein endgültiges Urteil abhängig machen. Denn ich will nicht, daß dem badischen Zentrumsführer auch nur das leiseste Unrecht geschieht. Ich warte also ab. Augustinus."

So wenig ich geneigt bin, mich in eine Diskussion einzulassen, so scheint es mir angemessen, folgende Bemerkungen nicht zu unterdrücken:

I. In persönlicher Beziehung.

Ich finde es unerträglich anmaßend und feig zugleich, wenn jemand in der Art des Trierer „Quertreiber"-Blattes auftritt und dabei im Versteck der Anonymität verbleibt. Für Gegner solcher Art habe ich weder Respekt noch Beachtung übrig.

Meine Oberen, die mich zur Rechenschaft ziehen können und denen ich gegebenfalls bereitwillig und pflichtgemäß Rechenschaft geben würde, sind der Erzbischof von Freiburg und das erzbischöfliche Ordinariat (und über ihnen natürlich der päpstliche Stuhl). Von einem Inquisitions-Tribunal mit unbekannter Zusammensetzung in Trier oder irgendwo anders weiß ich nichts und will ich nichts wissen. Was es etwa unternimmt oder leistet, ist in meinen Augen absolut belanglos. Und so wenig ich der Meinung bin, daß ein Priester sich ohne weiteres über das hinwegsetzen darf, wie von anderen auf Kosten seiner Ehre geurteilt wird, so bestimmt erkläre ich: Bei dem bisherigen Verhalten der Petrus-Blätter und ihres „Augustinus" ist es mir ganz gleichgültig, ob sie ihr „Urteil" über mich abändern oder aufrecht erhalten.

II. Nach der sachlichen Seite.

Ungleich wichtiger als die Seite der ganzen Sache, die mich persönlich berührt, ist die andere, welche mit meiner Person gar nicht zusammenhängt.

Nur verblendeter Fanatismus kann übersehen, wie sehr mit einem solchen Treiben, wie gewisse „Quertreiber"- und „Integral"-Elemente es entfalten, den ausgesprochensten Feinden des Zentrums und der Kirche in die Hände gearbeitet und welch unermeßlicher Schaden den wichtigsten Interessen der katholischen Kirche Deutschlands zugefügt wird.

Die Art, wie das Trierer „Quertreiber"-Organ auf meine Kosten aufgetreten ist, drängt die Frage auf, ob denn in Trier eine Gesellschaft mit geheimer Zusammensetzung sich etabliert hat, um Verdächtigungs-Material auszuschnüffeln und zu Denunziationszwecken zu verarbeiten. Müßte gegen alles Erwarten die Frage bejaht werden, dann wäre weiter zu fragen, ob der Klerus in Deutschland solches ertragen und der Episkopat in Deutschland es dulden könnte.

Anderes will ich nicht hervorheben.

Th. Wacker.

## Deutscher Reichstag.

# Berlin, 29. April 1914.

Am Bundesratstisch befindet sich Kriegsminister **von Falkenhayn**.

Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

**Nachtragsetat für 1914,**

worin u. a. gefordert werden für eine diplomatische Agentur und ein Generalkonsulat in Albanien, sowie ein Konsulat in Uesküb 37 450 Mk. und für drei neue Militärattachees, darunter in Belgrad und in Sofia, 30 000 Mk.

Außerdem wird gefordert, die Uebertragung des den Reichsschatzamt bewilligten Grundstückes Viktoriastraße 34 an die Heeresverwaltung für den Neubau des Militärkabinetts gegen Erstattung der vom Reichsschatzamt aufgewendeten Kosten.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Dr. **Spahn** (Ztr.): Er würde die debattelose Ueberweisung der Materie an die Budgetkommission befürworten. Höchstens sollten nur kurze Erklärungen abgegeben werden.

Darauf beginnt die erste Beratung des Nachtragsetats.

Kriegsminister **v. Falkenhayn**: Die Verwendung des Grundstückes Viktoriastraße 34 ist nicht eine eminent politische Frage, sondern eine außerordentlich nüchterene geschäftliche Sache. Das Grundstück ist inzwischen an das Reich, speziell an das Reichsschatzamt aufgelassen worden. Ein Käufer hat sich nicht gefunden. Der eventuelle Käufer hätte das ganze Grundstück umbauen müssen. Das Grundstück würde damit jedem Dritten zu teuer sein, nur nicht für die Heeresverwaltung, wenn sie das Grundstück mit Genehmigung des Reichstags der Bestimmung zuführen kann, für die es vorbereitet ist. Wollten Sie heute noch die endgültige Entscheidung über die Benutzung des Grundstücks ein Jahr hinausschieben, dann würden die darauf errichteten Grundstücke verfallen. Die Regierung mußte deshalb mit ihrer Vorlage kommen, trotzdem behauptet worden ist, sie sei eine Beleidigung für den Reichstag. (Sehr richtig! rechts.)

**Stücklen** (Soz.): Diese Vorlage ist das Unerhörteste, was man dem Reichstag je unterbreitet hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind genau vier Wochen her, seitdem man das Grundstück dem Reichsschatzamt übergeben hat und nun kommt die Militärverwaltung und verlangt, daß es ihr überlassen werden soll. Es handelt sich um eine neue Machtprobe zwischen v. Lyncker und dem Reichstag. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Sinn des früheren Beschlusses kann nicht der sein, daß das Grundstück jetzt noch dem Militärkabinett überlassen wird. Ich bin seinerzeit für bessere Bureauräume eingetreten. Wir müssen verhindern, daß General v. Lyncker eine Villa bekommt, für die der Steuerzahler jährlich 100 000 Mk. aufzuwenden hat. (Bravo bei den Soz.)

**Liesching** (Fortschr.): Der Reichstag hat ausdrücklich beschlossen, daß das Grundstück Viktoriastraße 34 nicht für das Militärkabinett bewilligt wird. Auch die Nationalliberalen und das Zentrum traten dafür ein, daß unter keinen Umständen das Grundstück dem Militärkabinett ausgeliefert werde. Jetzt scheint es, als ob eine schlimme Komödie gespielt worden ist. Hier gilt es für den Reichstag: Principiis obsta! (Sehr richtig!) Der Reichstag würde sich, wenn er jetzt anders beschließen würde, einem Hohngelächter aussetzen und die Regierung könnte mit ihm machen, was sie wollte. Wegen des Budgetrechts des Reichstags ist diese Frage eine eminent wichtige Frage.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorlage geht an die Bundgetkommission.

Darauf wird die Beratung der

**Impfpetitionen**

fortgesetzt.

**Thiele** (Soz.): Mit seiner gestrigen Rede hat sich Ministerialdirektor Kirchner jeden Rechts begeben, sich über den wüsten Ton seiner Gegner aufzuhalten. Jene sind Privatleute und Partei, er aber ein hoher Beamter. Die Einsetzung einer Kommission ist notwendig, damit einmal Klarheit über die widerstreitenden Ansichten geschaffen wird. Vor allem muß die zwangsweise Anwendung des Impfgesetzes, die dem Gesetz zuwider ist, unterbleiben.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. **Bumm**: Gegenüber einigen gestern gefallenen Aeußerungen muß ich feststellen, daß das Kaiserliche Gesundheitsamt nach wie vor in dem Impfgesetz ein bewährtes Schutzmittel gegen die Pockenerkrankung erblickt. Es ist ferner hier gesagt worden, das Reichsgesetz sähe eine Zwangsimpfung nicht vor. Das ist richtig, aber weil das Reichsgesetz einen Impfzwang in seinen Bestimmungen nicht enthält, deshalb ist doch die Anwendung von polizeilichem Zwang zur Erreichung der Impfung noch lange nicht ungesetzlich. Das preußische Oberverwaltungsgericht ist nach wiederholter eingehender und ernster Prüfung zu der Ueberzeugung gekommen, daß in Preußen landesrechtlich die polizeiliche Vorführung erlaubt ist. Die Behörden müssen zuerst alle anderen Mittel anwenden, die Eltern belehren und erst als ultimum refugium zur zwangsweisen Vorführung schreiten. Auch der Schulzwang und die Militärpflicht bringen eine Gefahr mit sich. Will man diese deshalb abschaffen? Der sozialdemokratische Vorwurf, daß bei den Aerzten finanzielle Rücksichten walteten, wenn sie für die Impfung eintreten, ist hinfällig, im Gegenteil, sie würden bei Pockenerkrankungen viel mehr verdienen. (Heiterkeit.) Die Gewissensklausel wäre damit zu rechtfertigen, daß man niemanden eine Wohltat aufzwingen soll, wenn nicht die Allgemeinheit damit gefährdet wäre. Daß die Gewissensklausel nicht so tief in der Ueberzeugung des Volkes ruht, beweist die Tatsache, daß im Falle einer Pockenseuche sofort die meisten Leute auf die Gewissensklausel verzichten und sich und die ihrigen gerne der Impfung unterwerfen. Eine besondere Kommission zur Beratung der strittigen Fragen einzusetzen, hat gar keinen Zweck. Wir haben im Reichsgesundheitsrat, der sich auch aus bewährten Autoritäten zusammensetzt, einen besonderen Ausschuß, der sich speziell mit der Bekämpfung der Pockenerkrankungen beschäftigt. Ich bitte Sie, die Forderung der Einsetzung einer Kommission abzulehnen, ebenso wie die der Einführung der Gewissensklausel und das Verbot des Impfzwanges.

Dr. **Gerlach** (Ztr.): Es kann niemand bezweifeln, daß das Impfgesetz eine hervorragende Wirkung auf die

Volksgesundheit gehabt hat. Seit dem Bestehen dieses Gesetzes, seit dem Jahre 1874, sind die Epidemien und ist die Kindersterblichkeit wesentlich zurückgegangen. Eine Aufhebung des Impfzwanges wäre ein bedenklicher Rückschritt.

**Neumann-Hofer** (Fortschr.): Es sollte mindestens der Versuch gemacht werden, eine Beruhigung der Bevölkerung in dieser Frage herbeizuführen. Die Einsetzung einer Kommission wäre daher wünschenswert. Eine paritätische Zusammensetzung ist nicht nötig, da in dieser Frage Majoritätsbeschlüsse nichts besagen. Die Impfgegner dürfen aber dabei nicht zu kurz kommen. Ich stimme für den Antrag der Konservativen.

Ministerialdirektor Dr. **Kirchner**: Die Behauptung des Abg. Bock, das Impfgesetz sei 1874 mit zwei Stimmen Majorität angenommen worden, ist nicht richtig. Es waren 183 gegen 113 Stimmen. Die Hoffnung, mit den Impfgegnern sich verständigen zu können, ist bei mir sehr gering. Die Sache, die ich vertrete, ist recht und gerecht und Recht muß Recht bleiben. (Beifall.)

Graf **von Oppersdorff** (Wild): Es ist sicher erwiesen, daß der Impfstoff, wenn er auch in geringem Umfange einen Schaden verursachen kann, doch in der Lage ist, Pockenerkrankungen zu verhindern. Das beweist die Brauchbarkeit des Impfgesetzes. Bezüglich der Gewissensklausel auf England und Holland zu verweisen, ist völlig verfehlt. Es kann sich höchstens um gelegentliche P. geschicke handeln, wenn die Impfung unerwartete Folgen hat. Es fehlt an Aufklärung dieser verwickelten Verhältnisse, wie sie sich bei Pockenepidemien gestalten.

Vizepräsident **Dove** teilt mit, daß eine Interpellation der Sozialdemokraten eingegangen ist auf Vorlegung einer Verfassung für Mecklenburg mit Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts. (Heiterkeit rechts.)

Graf **v. Posadowsky** (Wild-Freikons.): Der Antrag der Petitionskommission ist geeignet, Zweifel und Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen. Der Impfzwang hat für die Volksgesundheit und die Schlagfertigkeit des Heeres größte Bedeutung und deshalb ist es zu begrüßen, wenn diese ernste Frage hier mit dem nötigen Ernst behandelt worden ist. Im Interesse der Beruhigung der Bevölkerung und um dem Beamten das Impfgeschäft nicht zu erschweren, ist es unbedingt notwendig, daß die Regierung und der Reichskanzler Farbe bekennen und erklären, ob sie unter allen Umständen an dem Impfzwang festhalten, solange die Wissenschaft nicht andere wirksamen Mittel zur Bekämpfung und Vorbeugung der Pockenepidemie findet. Das muß der Reichstag verlangen. (Bravo.)

**Bernstein** (Soz.): Die Durchführung der Forderungen der Petitionen läßt befürchten, daß die Beunruhigung, die durch den Streit zwischen den Impffreunden und den Impfgegnern in die Bevölkerung hineingetragen wird, eher zunehmen als verschwinden wird. Wenn die große Masse des Volkes die Möglichkeit hätte, nach streng hygienischen Grundsätzen zu leben, dann könnten wir es hinsichtlich der Impfung darauf ankommen lassen. Daß in einer Kommission auch Gegner des Impfzwanges hinzugezogen werden, mag Geltung haben, aber bei derartigen wissenschaftlichen Fragen sollte man den Grundsatz der Parität ausscheiden.

Dr. **Pfeifer** (Ztr.): Die Ausführungen der Regierungsvertreter über den Impfzwang beruhen zum Teil auf irrigen Voraussetzungen. Medizinische Autoritäten sind auch entgegengesetzter Ansicht. Wenn anstelle der Impfung die moderne Hygiene tritt, so wird das gleiche Resultat für die Gesundheitsfrage erzielt. Die Regierung muß auch die andere Seite hören und eine Kommission einsetzen. Das Impfgesetz muß revidiert werden.

Ministerialdirektor Dr. **Kirchner**: Ich kann nicht einsehen, was die Kommission schaffen soll. Da wird jede Partei wie hier das letzte Wort haben wollen. (Heiterkeit.)

Ein Antrag **Ablaß** will Uebergang zur Tagesordnung herbeiführen. — Damit schließt die Debatte.

Der Antrag **Arnstadt** (Kons.) wird angenommen. Soweit sich die Petitionen auf Einsetzung der Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen beziehen, werden sie zur Berücksichtigung, im übrigen zur Erwägung überwiesen.

Die Abstimmung über eine Resolution des Abg. Dr. **Pfeifer** (Ztr.), zur Klärung der Impffrage eine Kommission einzusetzen und das von ihr ausgearbeitete Material in Form einer Denkschrift dem Reichstag vorzulegen, bleibt zweifelhaft. Sämtliche Parteien stimmen dabei geteilt. Der Hammelsprung ergibt, daß diese Resolution mit 119 gegen 119 Stimmen abgelehnt wird. (Große Heiterkeit.)

Eine Resolution des Abg. **Bock** (Soz.) deckt sich mit der Resolution Pfeifer, verlangt aber nicht Vorlegung einer Denkschrift. Die Resolution wird abgelehnt.

Darauf wird vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Interpellation betreffend mecklenburgische Verfassung, Rechnungssachen, kleinere Vorlagen, Etatsberatung.

Schluß 7 Uhr.

*

### Die auswärtige Politik Deutschlands.

**Berlin**, 29. April. In der Budgetkommission des Reichstages beantragte ein sozialdemokratischer Redner die Vorlegung einer Statistik über die seit 1900 aus den einzelnen deutschen Bundesstaaten erfolgten Ausweisungen von Ausländern und äußerte sich weiter über die Zustände in den russischen Gefängnissen, und die Art der Behandlung des deutschen Staatsangehörigen Holzmann in Rußland, an der das deutsche auswärtige Amt nicht ganz ohne Schuld sei. Ein nationalliberaler Redner hielt die Auffassung des Vorredners über den Fall Holzmann für unrichtig; Holzmann hat sich an dem Aufstand in Moskau mit Waffen in der Hand beteiligt. Staatssekretär v. Jagow wies auf die frühere Erklärung hin, daß er in die Ausweisungen, die von den deutschen Bundesregierungen gegen Ausländer verfügt werden, nur dann eingreifen könne, wenn Reklamationen von den betreffenden ausländischen Regierungen erhoben würden. Sache des Auswärtigen Amtes sei es, die deutschen Staatsangehörigen im Auslande zu schützen. Mit den Verhältnissen in den russischen Gefängnissen sich zu befassen, sei nicht seines Amtes. Auch hier komme ein Eingreifen nur in Frage, wenn Deutsche in russischen Gefängnissen gesetzwidrig behandelt und Reklamationen deswegen erhoben würden. Der Fall Holzmann sei von Freiherrn v. Richthofen völlig zutreffend dargestellt worden. Das Auswärtige Amt unterstütze die Bemühungen der Familie. Wegen der Auslieferung der Leiche sei, dem Wunsch der Verwandten entsprechend, bereits telegraphiert worden.

Ein Referent besprach hierauf die Ursachen der mexikanischen Wirren und den Streitfall Huerta-Wilson. Es stehe fest, daß bei den Wirren auch deutsche Interessen geschädigt seien. Ein Redner fragte, was die europäischen Mächte, speziell Deutschland, zum Schutze der eigenen Interessen getan hätten. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow gab einen kurzen Ueberblick über die Vorgeschichte des gegenwärtigen Konflikts. Die Haltung der deutschen Regierung sei während der ganzen Zeit der mexikanischen Wirren von dem Wunsche geleitet worden, daß im Interesse der in Mexiko tätigen Deutschen und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen möglichst bald Ruhe und Ordnung wieder eintrete. Die deutsche Regierung hätte da, wo es angezeigt war, vorsichtig vermittelnd gewirkt, jedoch sich im wesentlichen auf den Schutz der deutschen Interessen beschränken müssen. Zum Schutzdienst seien zwei kleine Kreuzer entsandt worden. Eine Vermehrung der Schiffe erscheine zurzeit nicht erforderlich, da das freundschaftliche Zusammenwirken der Kriegsschiffe der verschiedenen Mächte den erforderlichen Schutz der Fremden sichere. Der Gesandte in Mexiko sei ermächtigt, den Bedürftigen durch Gewährung von Vorschüssen und Beihilfen zum Verlassen des Landes behilflich zu sein. Den im Innern lebenden Deutschen wurde geraten, sich an die Hafenplätze zu begeben und eventuell das Land zu verlassen. Die Kinder und Frauen seien, soweit als tunlich, in die Häfen geschafft und eingeschifft worden. Von der Hamburg-Amerika-Linie seien drei Dampfer zur Verfügung gestellt worden und zwar für Tampico, Veracruz und Puertomexiko. Für diese Hilfsbereitschaft sprach der Staatssekretär der Hamburg-Amerika-Linie seinen herzlichen Dank aus. Völkerrechtlich sei die Lage noch unklar, da nach Auffassung des Präsidenten Wilson sich Amerika nicht in einem Krieg mit Mexiko befinde, während tatsächlich doch eine Art Kriegszustand herrsche. Die Aktion der großen südamerikanischen Republiken unterstützte Deutschland in Mexiko, indem der Gesandte den Auftrag erhielt, die Annahme der guten Dienste zu empfehlen. Der Erfolg der Aktion werde vielfach skeptisch beurteilt. Staatssekretär v. Jagow erklärte ferner, die Behauptung, daß die Petroleuminteressenten die Hand im Spiele hätten, vermöge er nicht nachzuprüfen. Der Staatssekretär äußerte sich sodann zu der Angelegenheit der „Ypiranga". Der amerikanische Kommandant verlangte zunächst, daß der deutsche Dampfer mit den Waffen im Hafen bleibe. Die amerikanische Regierung korrigierte dies sofort; der amerikanische Kommandant entschuldigte sich. Die amerikanische Regierung präzisierte ihre Wünsche dahin, daß der Dampfer entweder die Waffen an Bord behalten oder in der von den Amerikanern besetzten Zollstätte entladen möge. Die Hamburg-Amerika-Linie erteilte darauf die Weisung, daß das Kriegsmaterial, das übrigens zum großen Teil amerikanischer Herkunft ist, von dem Dampfer zurücktransportiert werden solle. Hinsichtlich der Zukunft Mexikos erwiderte der Staatssekretär auf verschiedene Anfragen, daß nach den Erklärungen des Präsidenten Wilson nichts gegen die Unabhängigkeit des Landes unternommen werden solle. Die Haltung Deutschlands müsse neutral sein; auch andere europäische Mächte hielten sich von jeder Einmischung fern. Ein einseitiges deutsches Vorgehen komme selbstverständlich schon mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht in Frage. Die deutsche Regierung würde bei der Wahrung der deutschen Interessen sich mit den anderen Mächten in Fühlung halten und wie überall, so auch in Mexiko für das Prinzip der offenen Tür eintreten.

Hierauf wandte sich die Besprechung den Verhältnissen in Marokko zu. Der Referent führte aus, daß die Unterwerfung des Landes durch Frankreich nahezu vollzogen sei; die weißen Truppen seien nur mehr in geringem Maße nötig. Ein Redner stellte eine Anzahl von Fragen, die sich auf die deutschen Handelsinteressen bezogen, so über die Beteiligung deutschen Kapitals beim Hafenbau in Tanger und bei dem Bau der Eisenbahn von Tanger nach Fez. Außerdem brachte der Redner Beschwerden vor über die Behandlung von Zollgütern in den Häfen von Larrasch und Casablanca, sowie anderen marokkanischen Häfen. Unterstaatssekretär Zimmermann führte aus, die handelspolitische Lage in Marokko entwickle sich befriedigend. Die Annahme des Referenten, daß Frankreich die Ruhe im Lande bereits so weit hergestellt habe, daß es als Protektionsmacht über die Marokkaner zum Zwecke der Truppenaushebung verfügen könnte, teile er nicht. Im Süden lasse die Lage noch manches zu wünschen übrig. Für die baldige Oeffnung des Hafens von Agadir trete die deutsche Regierung ein, doch sei nach den amtlichen französischen Mitteilungen noch nicht an die Oeffnung zu denken, da die Unsicherheit noch zu groß sei und die zur Verfügung stehende Truppenmacht im Süden zu gering. An dem Ausbau des Hafens von Tanger werde gearbeitet. Eine Reihe anderer Häfen harrte der Verbesserung. Der Hafen von Larrasch werde bekanntlich von der Fima Sarger und Wörner ausgebaut. Unsere Interessenten seien selbst tätig, die Möglichkeiten für die deutsche Schiffahrt zu erleichtern. Sehr verdienstlich seien in dieser Hinsicht die Bemühungen der Oldenburgisch-Portugiesischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, den Leichterdienst zu verbessern. Für die noch vorhandenen Schäden finden wir bei der Protektionsverwaltung volles Verständnis. Die Bahn Tanger-Fez sei noch nicht in Angriff genommen. Hier würde ein Adjudikationsverfahren Platz greifen. Eine entsprechende deutsche Beteiligung sei zu erhoffen. Daß die Deutsche Orientbank ihre Niederlassungen in Marokko aufgegeben habe, bedauere die deutsche Regierung lebhaft. Dieser Schritt sei ohne ihr Vorwissen aus geschäftlichen Gründen erfolgt. Man hoffe, mit Hilfe einer anderen Bank wieder zu einer deutschen Bankvertretung in Marokko zu kommen. Der Unterstaatssekretär äußerte sich weiter über die Gründe, weswegen die deutsche Regierung Raisuli nicht in das deutsche Schutzverhältnis aufgenommen habe. Es sei nachgewiesen worden, daß Raisuli die spanischen Unruhen angezettelt habe. Der Unterstaatssekretär ging noch kurz auf die Angelegenheit der Uenza-Minen ein.

Sodann machte Ministerialdirektor Kriegs eingehende Ausführungen über das Minenreglement, mit dem die deutsche Mineninteressenten sämtlich einverstanden seien. — Ein nationalliberaler Redner verwies auf die Möglichkeit der Nutzbarmachung der marokkanischen Bergvölker durch Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland. Auf die Ausführungen des nationalliberalen Redners wegen der Schlafkrankheit in Neu-Kamerun verwies der Unterstaatssekretär darauf, daß nach der Aussage von Männern, die das Gebiet aus eigener Anschauung kürzlich kennen gelernt haben, die Schlafkrankheit keineswegs so gefährlich auftrete, wie behauptet werde. Der neue Erwerb entspräche nach ihrem Urteil den besten Teilen von Alt-Kamerun. Die Auffassung sei zurückzuweisen, als hätten wir damit ein schlechtes Geschäft gemacht. Auf weitere Ausführungen bemerkte der Unterstaatssekretär, daß der Posten des Gesandten in Tanger aus politischen und wirtschaftlichen Gründen bis auf weiteres beibehalten werden müsse. Wegen Aufhebung der deutschen Post schwebten keine Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Institution bestehe und die deutsche Regierung habe nicht die Absicht, sie zu beseitigen. — Hierauf besprach der Referent die fortschreitende Entwicklung Chinas und hob die kulturelle und handelspolitische Durchdringung der Mongolei durch Rußland hervor. Redner befürwortete die Vermehrung der Berufskonsulate und der Handels-Sachverständigen. — Der Unterstaatssekretär sprach über die Lage der Mongolei im Sinne früherer Ausführungen. Es sei richtig, daß Belgien sich besonders erhebliche Konzessionen gesichert habe. Ob es sich dabei nur um belgisches Kapital handle, lasse er dahingestellt. Sodann habe sich die französische Banque Industrielle de Chine für eine Anleihe von 150 Millionen wichtige Verträge zu Eisenbahn- und Hafenkonzessionen verschafft. Es sei bedauerlich, daß die deutsche Finanz sich zurückhalte. Die Regierung wünsche lebhaft, daß sie sich an der Erschließung Chinas stärker beteilige. Es sei jetzt neben der Deutsch-Asiatischen Bank eine zweite Gruppe in der Bildung, die für eine weitgreifende Betätigung von Finanz und Industrie einen Rahmen bieten würde. Deutschland stelle eine sehr erhebliche Zahl zu den ausländischen Beratern der chinesischen Regierung.

**Die Leuchtölkommission des Reichstags** konnte ihre für Mittwoch geplante Sitzung nicht abhalten, da der Referent, Abg. von Schulze-Gävernitz (Fortschr. Vpt.), nicht anwesend war. Aus diesem Grunde wurde gleich Vertagung beschlossen.

# Deutschland.

**Berlin**, 30. April 1914.

### Die Früchte moderner Jugendkultur.

m. Die moderne Jugendkultur zeitigt allmählich böse Früchte. Vor kurzer Zeit mußte aus einer Münchener Realschule eine Anzahl Schüler entlassen werden, die sich ganz unglaubliche Exzesse religiöser Natur zuschulden kommen ließen. Der Bayerische Kurier gibt ein paar Stichproben aus Vorkommnissen, die einen schrecklichen Einblick gewährten in den Geist, der dort eingerissen ist, wo die moderne Jugendkultur ihre Weisungen ausgeübt hat. Bei einem offiziellen Schülergottesdienst haben mehrere Schüler der genannten Anstalt während der Stille der heiligen Wandlung, als der Priester den Kelch zur Anbetung erhob, in weithin vernehmbarer Weise kommandiert: „1, 2, 3 gsuffa". Ein Primaner äußerte sich bei der Austeilung der heiligen Kommunion: „Jetzt kommt der mit seinem Potsch.....“; ein anderer sprach zu einem Kommunikanten nebenan: „Guten Appetit". Mit Recht fordert das bayerische Zentrumsblatt ein energisches Einschreiten gegen derartige himmelschreiende Vorkommnisse. Die Demission sei in diesem Falle viel zu wenig, da erfahrungsgemäß die Herrchen, die fast durchweg von Haus aus sehr begütert sind, in kürzester Zeit wieder in einer anderen Schule sitzen und ihr Zerstörungswerk fortsetzen. Wichtiger freilich noch als die Strafe ist die Frage, wie derartigen Ungeheuerlichkeiten vorgebeugt wird. Es ist selbstverständlich, daß eine Besserung hier nur möglich ist, wenn dem Uebel auf den Grund gegangen wird, wenn gegen die ganze moderne Jugenderziehung, die in Wirklichkeit keine Jugenderziehung ist, von staatswegen Stellung genommen wird, wenn den unheilvollen Wirkungen, die der religionslose Moralunterricht und der in seinem Geist betätigten Erziehungsmethode staatlicherseits ein energisches Halt entgegengerufen wird. Es ist klar, daß auch der Staat ein Interesse daran hat, daß ein derartiger Geist der Negation und Korruption nicht an seinen höheren Schulen weiter um sich greift, denn mit der göttlichen Auktorität wird auch die staatliche in ihren Grundfesten erschüttert. Das haben die bisherigen Enthüllungen über die Jugendkulturbewegung zur Genüge dokumentiert.

### Die Welt ist rund und muß sich drehen.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Kölnische Volkszeitung: Bei dem Antrag des Zentrums im preußischen Abgeordnetenhaus auf Lösung der Fesseln bei der Ordensgesetzgebung bot sich das Schauspiel, daß der konservative Vertreter, der konservative Konsistorialpräsident Schenck zu Schweinsberg, sich namens seiner Parteiangehörigen für den Antrag aussprach, während der nationalliberale Redner von Campe neben dem Kultusminister Trott zu Solz erklärte, daß der preußische Staat eine Gleichstellung der katholischen und evangelischen Krankenpflege-Genossenschaften nicht zulassen könne. Bei einer Debatte über die katholische Ordensfrage am 27. April 1853 in der Zweiten preußischen Kammer handelte es sich um einen Ausspruch des posenschen Oberpräsidenten in einem amtlichen Bericht, der dahin ging, daß er die religiösen Orden der katholischen Kirche als „gemeingefährlich" bezeichnete. Der Abg. Herm. von Mallinckrodt erwiderte darauf: „Sie werden uns überhaupt nicht zumuten, daß wir der Staatsgewalt ein maßgebendes Urteil darüber einräumen, welche Institute der Kirche gemeinedschädlich sind oder nicht. Wir könnten sonst dahin kommen ,daß die ganze Kirche als gemeinschädlich bezeichnet würde." Der als konservativ geltende Kultusminister von Raumer meinte bei dieser Gelegenheit, daß seit der Reformation „Staat und Kirche identifiziert seien", daher der preußische Staat für die evangelische Kirche sorgen müsse, wie für sich selbst, während er der katholischen Kirche gegenüber nur die unabweisbare Rechtsforderungen zu erfüllen habe. Der damalige Präsident des protestantischen Kirchentages und spätere Kultusminister der liberalen Aera, der von Bethmann Hollweg hieß, bestritt das „im Interesse der protestantischen Kirche wie der geschichtlichen Wahrheit". von Mallinckrodt nahm von der Verwahrung des liberalen Kirchenpräsidenten Kenntnis mit den Worten: „Ich glaube, ich als katholischer Laie bin nicht in der Lage, auf diese Frage näher einzugehen, nachdem schon der Präsident des evangelischen Kirchentages gegen die Aeußerungen des Herrn Kultusministers hier feierlichst Verwahrung eingelegt hat." In den verflossenen 60 Jahren haben sich die Anschauungen derart gewandelt, daß der liberale Wortführer die Vorzugsstellung der evangelischen Kirche als ein selbstverständliches Recht reklamiert, während der konservative Konsistorialpräsident wenigstens bei den krankenpflegenden Ordensgemeinschaften für Gleichberechtigung eintritt.

# Baden.

**Karlsruhe**, 30. April 1914.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat sich bewogen gefunden, den Oberbriefträgern Andreas Meder in Freiburg und Konstantin Riesterer in Konstanz die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihnen verliehenen Königlich Preußischen Allgemeinen Ehrenzeichens in Silber zu erteilen und auf die der Ternabesetzung unterliegenden katholische Pfarrei Todtnauberg, Dekanats Wiesental, den Pfarrverweser Otto Fischer in Todtnauberg zu designieren.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist Gerichtsassessor Karl Eiermann aus Tauberbischofsheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

### Zur Kultusdebatte im Landtag

schreibt die Südd. Kons. Korr. vom 28. April u. a.:

„Wir halten es unterm Gesichtspunkt der höheren deutschen Politik für beachtenswert, daß der zweifellos liberale Kultusminister eines liberal regierten Staats durch die Tatsächlichkeiten und Notwendigkeiten des lebendigen Staats zu konservativen Auffassungen gedrängt wird, sobald es sich um praktische Staatsarbeit handelt, denn der Liberalismus als solcher verlangt im Prinzip Trennung der Kirche vom Staat auf der Grundlage staatlicher Omnipotenz; die letzte Konsequenz des liberalen Rechtsstaats ist unbedingt die Erklärung des Religiös-kirchlichen zur Privatsache. Daß im liberalen Baden diese Konsequenz nicht gezogen wird, mag als Beweis dafür gelten, wie „hart im Raum die Sachen sich stoßen", d. h. wie mächtig und sieghaft das einorganisierte praktische Bedürfnis sich der liberalen Theorie gegenüber behauptet — ein indirekter Beweis gleichzeitig dafür, der konservativen prinzipiellen Auffassung die Möglichkeit konzentrierter Stoßkraft zu verschaffen, damit in den liberalen Köpfen und Herzen Raum wird für unbefangene Betrachtungsweise."

Dann heißt es weiter:

„Bei dieser Auffassung des Ministers Böhm war es selbstverständlich, daß er gegenüber der katholischen Forderung auf Zulassung von Männerklöstern sich auf einen entgegenkommenden Standpunkt stellen mußte. Denn wenn die Anerkennung von Religion und Kirche als geschichtliche und sittliche Autoritäten keine Phrase sein soll, dann muß eine Regierung den Fragen kirchlicher Details gegenüber entgegenkommend sein. Nicht als ob die Kirche allein diese Dinge zu bestimmen hätte. In einem Staat, in dem verschiedene Konfessionen leben, sind Kompromisse Notwendigkeiten; ein ab- und zugeben, ein ausgleichen und anpassen ist notwendig. Hauptsache bleibt, daß beide geschichtlichen Institutionen, Staat und Kirche, von der Notwendigkeit und Berechtigung ihrer Existenz aufrichtig überzeugt sind und daß Gerechtigkeit und gerechtes Abwägen politisch-sittliche Notwendigkeiten sind.

In der Klosterfrage kann es also uns Evangelischen — die wir außerdem in der Minderheit sind — nicht darauf ankommen, ob uns Männerklöster passen, oder nicht. Ein Evangelischer braucht keine Klöster, das ist klar, und da er das Klosterleben — unbeschadet der rückhaltlosen Anerkennung der Großtaten, die die Klöster in geschichtlicher Zeit für unsere christlich-nationale Kultur geleistet haben — als eine irreguläre Gestaltung des christlichen Lehrprinzips betrachtet, so braucht er dafür keine Sympathien zu haben. Aber darauf kommt es nicht an. Gehören Staat und Kirche zusammen, sind es Autoritäten, die aufeinander angewiesen sind, arbeiten die Konfessionen bei aller Verschiedenheit im Detail von einer Grundlage aus, dann heißt es eben auch hier: Rücksicht auf einander nehmen, sich möglichst entgegenkommen, damit das gemeinsame gefördert werden kann. Wenn also die badischen Katholiken — die die Mehrheit des Landes ausmachen — Männerklöster haben wollen, so mag uns das überflüssig erscheinen — sie aber haben ein Recht darauf, wenn es sich um die Befriedigung eines im Wesen ihrer Konfession liegenden Bedürfnisses handelt. Da kann auch der Einwand, daß wir seit 100 Jahren in Baden keine Klöster mehr haben, nicht gelten. Das zu zwei Dritteln evangelische Preußen hat diese Männerklöster längst gewährt. Nur in einem Lande, in dem ein heidnischer Kulturkampf die Gemüter verwirrte und das religiöse Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl abstumpfte, kann diese Frage der Zulassung von Männerklöstern so abwegig und mit Scheingründen verteidigt werden. Und es ist wiederum ein Beweis für das Gerechtigkeitsgefühl des liberalen Ministers, wenn er sagt:

„Ich habe schon in der allgemeinen Finanzdebatte erklärt, daß auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 9. Okt. 1860 und der Vorgeschichte dieses Paragraphen ein badischer Minister nicht auf dem Standpunkte einer prinzipiellen Ablehnung stehen darf; und ich habe erklärt, daß ich selbstverständlich bereit bin, auf die konkreten Anträge, die die Kurie gestellt hat, in wohlwollender Weise einzugehen."

Selbstverständlich gilt auch hier: Verständigung der Kurie mit dem Staat, keine einseitige Machtbefugnis der ersteren, Rücksichtnahme auf das Gefühl und die Empfindung der anderen Konfession, was sich darin auszuprägen hat, daß man Männerklöster nicht etwa in evangelischen Gegenden errichtet! Abwägen, zu- und nachgeben, anpassen — das sind die notwendigen Grundsätze einer wohlwollenden Kirchenpolitik, die alle Verhältnisse einzuschätzen weiß."

Das ist die im Verfassungsstaat einzig richtige Auffassung dieser Frage. Merkwürdig, daß man dieselbe zwar in konservativen Kreisen, nicht aber bei den badischen Nationalliberalen trifft.

*

:: **Karlsruhe**, 27. April. Die Fortschrittliche Volkspartei veröffentlicht soeben die Tagesordnung ihrer ordentlichen Landesversammlung am Samstag, den 16., und Sonntag, den 17. Mai, in Karlsruhe. In der am Samstag, den 16. Mai, nachmittags, stattfindenden Versammlung, welche nur den in der Partei organisierten Parteigenossen zugänglich ist, wird Parteisekretär Dr. Harzendorf den Geschäftsbericht erstatten. Nach dem Kassenbericht folgt die Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses und des Landesausschusses und hiernach die Beratung über den Entwurf eines Kommunalprogramms. Für den Abend desselben Tages ist eine öffentliche Versammlung in den „Friedrichshof" einberufen, in welcher sprechen Reichstagsabg. Dr. v. Schulze-Gaevernitz aus Freiburg und Abg. Venedey aus Konstanz. Die am Sonntag, den 17. Mai, vormittags halb 10 Uhr, stattfindende Versammlung ist jedermann zugänglich. Malermeister Karl Lacroix aus Karlsruhe wird über die Fortschrittliche Volkspartei und den gewerblichen Mittelstand, Abg. Muser-Offenburg über die politische Lage in Baden und die Tätigkeit des Landtags und Reichstagsabg. Dr. L. Haas aus Karlsruhe über Reichspolitik und Reichstag sprechen.

# Badischer Landtag.

### Aus der Budgetkommission.

**Karlsruhe**, 28. April. Die Kommission setzte die Beratung des Voranschlags des Eisenbahnbaues fort. Gegen die Herstellung einer Ueberführung zur Beseitigung der schienengleichen Uebergänge beim Niederbühler Tor in Rastatt erhob sich in der Kommission allgemeiner Widerspruch. Die Stadt Rastatt und die Gemeinde Niederbühl wünschten eine Unterführung. Die Regierung lehnte diesen Vorschlag ab. Eine eingehende Erörterung führte zu keiner Einigung. Dagegen beschließt die Kommission, einen Augenschein unter Zuziehung der technischen Staatsbehörden und Vertretern der Interessenten vorzunehmen. Für die Streckenblockierung auf der Strecke Hausach-Immendingen werden 381 000 genehmigt. Für die Verlegung der Odenwaldbahn oberhalb Heidelberg-Karlstor und der Höllentalbahn bei Freiburg werden 800 000 und 1 800 000 Mark bewilligt, für den Umbau der Station Friedrichsfeld 160 000 Mark. Die Kommission beschäftigte sich sodann mit einem aus allen Parteilagern eingegangenen Antrag, weitere 100 000 Mark als Nachtragsquote für den Gymnasiumsneubau in Lahr in den Staatsvoranschlag einzustellen, jedenfalls aber mit dem Bau noch dieses Jahr zu beginnen, damit er zuverlässig im Frühjahr 1916 bezogen werden kann. Nach Erklärung des Ministers scheitert die Erfüllung des Wunsches daran, daß die vorhandenen Mittel für dringlichere Herstellungen benötigt werden. Der Antrag wurde an-

genommen. Der Zentrumsantrag, die Aufhebung der Forstabteilung an der Technischen Hochschule in Karlsruhe in Aussicht zu nehmen, wird mit den Stimmen der Linken gegen Zentrum und Rechtsstehende Vereinigung abgelehnt. Nach der Erklärung der Regierung betrug die Frequenz im Wintersemester 1912/13 14 Studenten, Sommersemester 1913 15 und Wintersemester 1913/14 12, die sich auf 8 Semester verteilen. Bei diesen Zahlen kommt es manchmal vor, daß ganze Semester ausfallen müssen mangels Hörer. Der Aufwand beträgt jährlich 47 067 Mark. Ein Student kostet den badischen Staat während seiner Ausbildungszeit 14—15 000 Mark. Angesichts des langen Bestehens der Abteilung und ihrer sonstigen Bedeutung ersucht der Minister, die Aufhebung zunächst nicht in Aussicht zu nehmen, dem wie oben bemerkt, durch die Linke entsprochen wurde.

**Karlsruhe**, 29. April. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in welcher die Regierung die schriftliche Mitteilung machte, daß die Orte Weil und Haltingen von der 3. in die 2. Klasse des Wohnungsgeldtarifs versetzt wurden. Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß die Versetzung der beiden Orte in die 1. Ortsklasse nicht angängig gewesen sei. Bei der weiteren Beratung des Eisenbahnbaubudgets wird eine größere Anzahl von Positionen debattelos genehmigt. Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß der Plan für das Aufnahmegebäude des neuen Heidelberger Bahnhofes demnächst vorgelegt werden könnte. Die vorgesehenen Mittel für den neuen Heidelberger Bahnhof, der im Sommer 1917 in Betrieb genommen werden könne, werden ausreichen. Der Plan für das Aufnahmegebäude des Pforzheimer Bahnhofes ist einer Umänderung unterworfen worden. Das langsame Fortschreiten dieses Umbaues erklärt die Regierung damit, daß der Umbau während des Betriebes vorgenommen werden muß. Das Aufnahmegebäude werde 1915/16 gebaut werden. Zuerst müßten die Betriebsanlagen fertig gestellt werden.

Sodann erklärt die Regierung auf eine Anfrage, daß gegen ein Kollegialmitglied der Generaldirektion eine Disziplinaruntersuchung geführt werde, die aber nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Vorgängen der Eröffnung des Karlsruher Bahnhofes stehe. Die früher von der Regierung gemachten Mitteilungen über die Ursachen der Betriebsstörungen im neuen Karlsruher Bahnhof seien nach wie vor zutreffend. Auf die Anfrage eines Karlsruher Abgeordneten erklärt die Regierung, daß die seinerzeit von dem Karlsruher Oberbürgermeister gegen einen Beamten der Generaldirektion erhobenen Vorwürfe sich im wesentlichen als unbegründet erwiesen haben. Eine Abschrift der bezüglichen Untersuchungsakten sei dem Karlsruher Stadtrat zugegangen; eine Antwort sei aber darauf bis jetzt noch nicht erfolgt.

Bezüglich des Offenburger Personenbahnhofes verneint die Regierung das Bedürfnis nach einem Mitteldurchgang. Den wesentlichen Bedürfnissen sei durch Aufstellung von Fahrkartenautomaten Rechnung getragen. Der Bau eines Mitteldurchganges würde ungewöhnlich große Kosten, etwa 800 000 Mark, verursachen, ohne daß der dann dadurch geschaffene Zustand befriedigend wäre. Die beiden auf die Schaffung eines Mitteldurchgangs bezüglichen Anträge werden von der Kommission angenommen. Für die Verlegung des Konstanzer Güterbahnhofes werden als erste Teilforderung 2 500 000 Mark angefordert. Die Pläne sind noch nicht völlig fertiggestellt. Die Regierung hat die Forderung in das Budget eingestellt, um keine Verzögerung in den Bauarbeiten eintreten zu lassen. Im ganzen wird die Anlage 7 Millionen Mark Kosten verursachen. Die Position wird von der Kommission genehmigt.

**Aus der Kommission für Justiz und Verwaltung.**

**Karlsruhe**, 28. April. Die Kommission für Justiz und Verwaltung behandelte heute den fortschrittlichen Antrag, den Religionsunterricht der Lehrer betr. Der Antrag bezweckt, den Lehrern ein Türchen zu öffnen, durch das sie den Religionsunterricht ablehnen können. Der Vertreter des Zentrums lehnte den Antrag ab. Der fortschrittliche Vertreter begründete in längeren Ausführungen den Antrag, dem natürlich auch die Sozialdemokraten zustimmten. Der nationalliberale Sprecher lehnte den Antrag ab. Die Regierung nahm ebenfalls eine ablehnende Haltung ein. Der Antrag wurde bei der Abstimmung mit allen gegen 4 Stimmen (Sozialdemokraten und Fortschrittler) abgelehnt.

## Gemeindepolitik.

### Zur Pforzheimer Landgerichtsfrage.

Im Pforzheimer Anzeiger wird gegen meinen Artikel vom 23. d. M. Nr. 111 im Bad. Beob. kurz Stellung genommen. Der Einsender meint, es sei nicht richtig, daß die Großblockparteien das Landgericht abgelehnt hätten. Es muß zugegeben werden, daß die Großblockparteien nicht geschlossen gegen ein Landgericht stimmten, sondern ein Teil war dafür, ein Teil dagegen. Es kann von dem Einsender aber nicht bestritten werden, daß die Landgerichtsvorlage einzig und allein dadurch zu Fall kam, weil eben ein so erheblicher Teil dieser Parteien gegen das Landgericht stimmte. Hätte dieser Teil mit „ja" gestimmt, die Vorlage wäre dann mit großer Majorität angenommen worden. Die Schuld der Ablehnung liegt also tatsächlich bei den Liberalen, Fortschrittlern und Sozialdemokraten. Weiter wird hervorgehoben, „keiner Rathauspartei sei es eingefallen, die Frage parteipolitisch zu behandeln". Der Einsender ist zu bedauern, wenn er das Verhalten der Sozialdemokraten nicht besser einzuschätzen versteht. In der fraglichen Bürgerausschuß-Sitzung waren die Sozialdemokraten zuerst für die Vorlage, eine Stunde nachher, als sie merkten, daß ein Teil der Liberalen dagegen stimmen werde, änderten sie sofort ihre Stellung. Diese Taktik ist zu durchsichtig. Der Einsender meint weiter, es sei ihm unerfindlich, wie ich schreiben konnte, der ganze Sturm richte sich jetzt gegen die Jungliberalen und Fortschrittler. Der Einsender unterschlägt hier, daß ich ausdrücklich schrieb, der Sturm richte sich gegen die „sogen. Sparer", welche in Wirklichkeit auch dem Linksliberalismus angehören. Daß sich die Entrüstung auch tatsächlich gegen diese richtet, weiß in Pforzheim jedermann. Dies kurz zur Erwiderung. — Morgen, Donnerstag abend, soll über das Landgericht wiederholt im Bürgerausschuß abgestimmt werden. Mein Wunsch wäre, die Vorlage sollte einstimig angenommen werden.

Ein Pforzheimer Bürger.

× **Rastatt**, 29. April. Heute wurden die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer Sitzung auf morgen abend 7 Uhr eingeladen. Es handelt sich um die längst brennende Frage der Beseitigung des schienengleichen Ueberganges am Niederbühler Tor. Wie man hört, sollen am Freitag schon die Mitglieder der Budgetkommission hierher kommen und an Ort und Stelle einen Augenschein vornehmen.

::: **Ueberlingen**, 29. April. Am Dienstag, den 5. Mai, findet hier eine Sitzung des weiteren Ausschusses des Verbandes der mittleren Städte Badens statt zur Beratung der vom Ministerium des Innern ausgearbeiteten Vorentwürfe zur Aenderung der Gemeinderechnungsanweisung.

## Chronik.

### Baden.

:.: **Schwetzingen**, 29. April. Am 11., 12. und 13. Mai findet hier der 11. Verbandstag des badischen Brauerbundes statt.

-:- **Vom Neckar**, 29. April. Die Neckardampfschiffahrt für den Personenverkehr zwischen Heilbronn und Heidelberg wird am 10. Mai eröffnet.

:-: **Pforzheim**, 29. April. Die sogen. Schwanner Sägmühle des Holzhändlers Albinger in Donnach wurde durch Feuer zerstört. Man vermutet Brandstiftung.

)( **Offenburg**, 29. April. Das nahezu zweijährige Söhnchen des Gärtnermeisters Strohmeier fiel in einen mit Wasser gefüllten Kübel und ertrank.

)!( **Emmendingen**, 29. April. In Leiselheim fiel das 3jährige Kind des Landwirts Jenne in den Brandweier und ertrank.

⊙ **Konstanz**, 29. April. Infolge der Agitation des Komitees „Konfessionslos" nimmt die Kirchenaustrittsbewegung auch hier größeren Umfang an. Es sind bereits über 50 Austritte beim Bezirksamt anhängig gemacht und zumeist perfekt geworden. Ausgetreten sind etwa 36 Erwachsene mit 20 Kindern. Nach der Freiburger Zeitung sind die beiden Konfessionen in gleicher Zahl an den Austritten beteiligt.

## Lokales.

**Karlsruhe**, 30. April 1914.

**Aus dem Hofbericht.** Der Großherzog empfing gestern vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zur Vortragserstattung. Von 10 Uhr an erteilte Seine Königliche Hoheit folgende Audienzen: dem bisherigen Direktor im Ministerium des Kultus und Unterrichts Staatsrat Dr. v. Sallwürk, dem Hilfsreferenten daselbst Geheimen Rat Dr. Oster, dem Geheimen Oberfinanzrat a. D. Siegl hier, dem Vortragenden Rat im Ministerium des Kultus und Unterrichts Geheimen Oberregierungsrat Keim, dem Amtsvorstand Oberamtmann Tritscheler in Sinsheim, dem Staatsanwalt Dr. Hafner in Pforzheim, dem 1. Bürgermeister Wielandt und dem Oberbauinspektor Kuhn in Heidelberg, den Oberförstern Seidel in Bretten und Eberbach in Konstanz, dem Prorektor der Universität Professor Dr. Schultze und dem Landeskommissär Geheimen Oberregierungsrat Dr. Becker in Freiburg, dem Notar Burger in Efringen, dem Pfarrer lic. theol. Wielandt in Niedereggenen, dem Oberförster Salzgeber in Schluchsee, dem Bauinspektor Maier in Wiesloch, ferner einer Abordnung des Badischen Rennvereins in Mannheim, bestehend aus den Herren Dr. August Clemm, Kommerzienrat Leo Stinnes und Direktor Edmund Hofmann.

Im Laufe des Nachmittags hörte der Großherzog die Vorträge der Minister Dr. Freiherrn v. Bodman und Dr. Rheinboldt sowie des Geheimerats Dr. Freiherrn v. Babo.

✝ **Der Gesangverein Typographia Karlsruhe** hält nächsten Samstag, 2. Mai, im kleinen Festhallesaal einen Volksliederabend mit nachfolgendem Ball ab.

# **Ein Menschenauflauf** entstand gestern in der Nähe des Hauses Stephanienstraße 43, weil dort ein Herr in mehr als gewöhnlich lauter und heftiger Art seinem Herzen Luft machte. Hoffentlich war die gestrige Hitze nicht schuld daran.

:: **Unfall.** Gestern nachmittag stießen auf der Kaiserallee zwei Radfahrer mit ihren Rädern zusammen. Der eine, ein verheirateter Bureauassistent aus Knielingen, stürzte zu Boden, erlitt anscheinend einen Beinbruch und mußte mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

:: **Durchgegangenes Pferd.** Gestern vormittag elf Uhr durchraste ein Reitpferd, welches seinen Reiter abgeworfen haben dürfte, die Hans Thomastraße, Waldstraße, den Wochenmarkt auf dem Ludwigsplatz bis Douglasstraße, die Stefanienstraße, Kaiserallee, ohne Schaden anzurichten.

:: **Verhaftet** wurden: ein 30 Jahre alter, verheirateter Kaufmann aus Durlach und ein 26 Jahre alter, verheirateter Privatier aus Bühl wegen Meineids bezw. wegen Verleitung zum Meineid, ein hier wohnhafter Schuhmacher und dessen Ehefrau wegen Kuppelei, sowie ein 19 Jahre alter Fabrikarbeiter aus Atzenbach wegen Unterschlagung.

## Luftschiffahrt.

**Berlin**, 28. April. Rudolf Hertzog, dessen Haus auch in Swakopmund eine Filiale besitzt, hat eine Expedition ausgerüstet, um in Südwestafrika, Südafrika und Deutschostafrika Flüge aller Art zu veranstalten. An der Spitze der Expedition steht Bruno Büchner.

**Dauerfahrt des Schütte-Lanz.**

**Mannheim**, 29. April. Das Luftschiff „S. L. 2", das gestern abend in Mannheim aufgestiegen war, ist heute morgen halb 6 Uhr über Hamburg eingetroffen. Es kreuzte über der Luftschiffhalle und setzte seine Fahrt über Hamburg und Umgebung zur Aufklärung der Wetterlage fort. Das Luftschiff wird voraussichtlich in Fuhlswittel landen. — Das Luftschiff fuhr nach Berlin, wo es um ¼10 Uhr vormittags über der Reichshauptstadt eintraf. Um halb 12 Uhr traf es über Leipzig ein und setzte in beträchtlicher Höhe die Fahrt in südwestlicher Richtung fort.

## Telegramme und neueste Nachrichten.

**Frankfurt a. M.** Der Wehrbeitrag hat hier fast 35 Millionen Mark ergeben.

**Berlin**, 29. April. Der Kaiser hat anläßlich des heutigen 70. Geburtstages des Großadmirals v. Köster an diesen eine Kabinetts-Ordre gerichtet, in dem er ihm seine herzlichsten Glückwünsche ausspricht, seiner hohen Verdienste um die Marine gedenkt und ihm das Kreuz der Großkomture des Königlichen Hausordens der Hohenzollern verleiht. Auch der Kronprinz drückte dem Großadmiral telegraphisch seine wärmsten Glückwünsche aus. Die Stadt Kiel hat den Großadmiral zu ihrem Ehrenbürger ernannt.

**Rom**, 29. April. Der griechische Gesandte Koromilas teilte dem Minister des Aeußern di San Giuliano in einer Verbalnote mit, daß die Räumung des Albanien zugeteilten Teiles von Epirus durch die griechischen Truppen gestern, am 28. April beendigt worden sei. Der Gesandte machte ferner Mitteilung von der Aufhebung der Blockade von Santi Quaranta.

**London**, 30. April. (Unterhaus.) Vor der Ablehnung des Tadelsvotums hielt Ministerpräsident Asquith gestern eine Rede, in der er den angeblichen Anschlag auf Ulster verspottete und mit Beziehung auf eine Rede Carsons erklärte: Dieser zeige die Absicht, eine Beilegung zu ermöglichen und die Regierung erwidere vollkommen den Geist der Rede. Asquith schloß, er habe niemals die Türe verschlossen irgend welchen Mitteln, die zu einer Beilegung führen könnten und er werde diese Türe niemals verschließen, wenn er nicht durch die absolute Macht der Umstände dazu gezwungen würde.

*

**Der Caritas-Pilgerzug in Lourdes.**

+ **Lourdes**, 29. April. (Privattelegramm.) Der Caritaspilgerzug ist in Lourdes glücklich angekommen. Das Wetter ist prachtvoll. Alles ist gesund.

## Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko.

### Friedensvermittlung.

**Washington**, 29. April. Die Friedensvermittler waren gestern zusammen und vertagten sich erst heute früh. Ueber das Ergebnis haben sie sich nicht geäußert, doch schienen sie optimistisch gestimmt. — Der brasilianische Botschafter teilte Staatssekretär Bryan mit, daß der nächste Schritt der vermittelnden Mächte dahin ziele, einen Waffenstillstand zu erwirken. ch

**Washington**, 29. April. Bevor Spanien die diplomatische Vertretung Huertas übernahm, war Japan darum ersucht worden, hatte es aber abgelehnt.

**Washington**, 29. April. In Veracruz ist eine amerikanische Zivilregierung eingesetzt worden. Der Amerikaner Robert Kert hat die Regierung übernommen.

**Montevideo**, 29. April. Der Präsident von Uruguay und der Minister des Aeußern haben beschlossen, die Vermittelung Argentiniens, Brasiliens und Chiles in der amerikanischen Frage zu unterstützen.

**Flüchtlinge.**

**Mexiko**, 29. April. Der englische Dampfer „Cipriana" hat den Auftrag erhalten, deutsche Flüchtlinge an der Westküste von Mexiko in den Häfen Manzanillo, San Blas, Tepic, Colima und Guadalajaro an Bord zu nehmen und nach San Franzisko zu bringen.

*

**Veracruz**, 29. April. Nach einer Meldung, die noch der Bestätigung bedarf, sind wieder sechs Amerikaner aus dem Gefängnis von Cordoba genommen und erschossen worden. Ein Amerikaner soll in Casa Malenpan getötet worden sein.

**Washington**, 28. April. Staatssekretär Bryan übermittelte dem deutschen Botschafter zunächst inoffiziell den Dank der amerikanischen Regierung für die freundschaftliche Haltung im Falle des Dampfers „Ypiranga" und die energische Hilfeleistung des Kommandanten und der Mannschaft des deutschen Kreuzers „Dresden" bei der Rettung der Amerikaner in Tampico. Bryan versicherte dem Grafen Bernstorff, es werde ihm noch ein offizielles Anerkennungsschreiben zugehen.

**Washington**, 30. April. Der Rebellenchef Carranza hat den vermittelnden Mächten mitgeteilt, er sei bereit, die Vermittelung anzunehmen und über den Gegenstand zu verhandeln.

**Washington**, 30. April. Nach einer Konferenz mit dem Staatssekretär Bryan sandte Dr. Tupper, der als Wilsons nicht-amtlicher Vertreter bei den Verhandlungen mit den mexikanischen Konstitutionalisten gilt, ein Telegramm an die Generale Carranza und Villa, in dem er sie zu ihrem Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten und zu ihrem tapferen Kampf gegen den Usurpator beglückwünscht.

## Vermischtes.

**Zum Mord in Krainfeld.**

**Frankfurt a. M.**, 29. April. Unter dem Verdachte, die furchtbare Bluttat in Krainfeld begangen zu haben, bei der der Händler Abraham Stein ermordet, dessen Ehefrau, die älteste Tochter und der jüngste Sohn tödlich verletzt wurden, wurden heute mittag der Landwirt Hofmann und dessen Sohn im Nachbarorte Salz verhaftet. Man fand bei ihnen eine Gamasche und einen Kittel, die beide mit Blut bespritzt waren. Vater und Sohn waren bei dem ermordeten Stein stark verschuldet.

**Die Grubenkatastrophe in Westvirginien.**

**Beckley (Westvirginia)**, 29. April. Eine Explosion in der Kohlengrube von Eccley ereignete sich, als eine volle Schicht von Bergleuten 600 Fuß unter Tage arbeitete.

**Newyork**, 29. April. Ueber den Brand in den Guggenheimschen New River-Kohlengruben in Eccles (Westvirginien) wird noch gemeldet: Aus einem Schacht sind 67 Bergleute entkommen, fünf Tote und 38 Schwerverletzte geborgen worden. In einem anderen Schacht befinden sich noch 187 Gefährdete 600 Fuß unter Tag. Eine Rettungskolonne versuchte immer wieder vorzudringen, mußte es aber schließlich infolge der Flammen aufgeben. Das Unglück ist offenbar aus drei schweren Explosionen schlagender Wetter entstanden, die nun verhängnisvolle Einstürze und Gasentwicklungen nach sich gezogen haben.

**Beckley** (West-Virginien), 29. April. Infolge der Explosion in dem Schacht bei New River Company sind 203 Bergleute verschüttet. Es besteht keine Hoffnung sie zu retten.

### Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 29. April: Oskar Meisel von Rorschach, Ingenieur hier, mit Elise Stumpf von Bruchsal; Otto Volz von Bietigheim, Taglöhner hier, mit Maria Trömer von Schwerin; Herm. Kopf von Kürzell, Kutscher hier, mit Frieda Schwärzel von Kürzell; Karl Panter von Butschbach, Bahnarbeiter hier, mit Mina Bühler von Diersburg; Karl Treumer von Heidelberg, Eisenbahnassistent in Heidelberg, mit Elisabeth Götz von hier.

Todesfälle. 28. April: Hermine, alt 6 Jahre, Vater Christian Dreher, Taglöhner; Frieda, alt 9 Monate 17 Tage, Vater Christian Zörrer, Schlosser; Karoline Koch, alt 69 Jahre, Witwe des Schreiners Gustav Koch.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 30. April: 4 Uhr: Karoline Koch, Schreiners-Witwe, Sofienstraße 73, 3. Stock.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.**

| Tag | Barometer mm | Thermometer C | Absolute Feuchtigkeit mm | Feuchtigkeit in Proz. | Wind | Himmel |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 29. April | 751,6 | 22,0 | 8,3 | 42 | NW | wolkenlos |
| 29. April | 750,1 | 15,4 | 9,6 | 73 | NW | heiter |
| 30. April | 750,0 | 12,5 | 9,3 | 87 | SW | Regen |

Höchste Temperatur am 29. April = 22,6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 11,4.
Niederschlagsmenge des 30. April 7[30] früh = 0,1 mm.


**Freitag, den 1. Mai**

**Rester-Verkaufstag mit 20% Rabatt**

Es sind grosse Bestände Rester vorhanden in Herren- und Knaben-Kleiderstoffen, Damen-Kleiderstoffen, Kostümstoffen, Blusenstoffen, Seidenstoffen, Waschstoffen, Wollmousseline, Zephir, Bettbezugstoffen, Wäschestoffen, Gardinen, Linoleum.

**W. Boländer,** Kaiserstrasse 121.

**Lieferung von Installationswagen.**

Wir haben im Wege des öffentlichen Angebotsverfahrens die Lieferung von 1 Installationswagen und von 4 Handwagen zu vergeben.

Verschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis **Dienstag, den 12. Mai ds. Js., vormittags 10 Uhr,** bei uns einzureichen. Angebotsformulare sind in unseren Geschäftsräumen (Kaiserallee 11, 3. Stock, Zimmer Nr. 22) erhältlich.

Karlsruhe, den 29. April 1914.

**Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.**

**Stühle** werden dauerhaft geflochten repariert und aufpoliert.
Stuhlflechterei **Fried. Ernst,** Adlerstraße 3.

**Die Elektrizitäts-Versorgung des Landes**

Bericht des Ministeriums des Innern an die II. Kammer Nr. 42 a. Beilage zum Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung der II. Kammer vom 22. Januar 1914.

Zu beziehen durch:

**„Badenia", A.-G. für Verlag und Druckerei,** Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Fernsprecher 535, Postscheck: Karlsruhe 4844.

**St. Elisabethenheim Karlsruhe,**
**Sofienstraße 19.**

Beamtinnen, kaufmännische Gehilfinnen, Schülerinnen und alleinstehende Damen können im **Heim**, bei mäßigen Preisen, **Zimmer mit voller Pension** erhalten.

## Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, seinen treuen Diener, den hochwürdigen Herrn

# Eduard Alletag,

**Kaplan an der St. Bonifatiuskuratie zu Mannheim,**

nach kurzem, schwerem Leiden, nach dem Empfang der Tröstungen unserer hl. Religion, in die Ewigkeit abzurufen.

Die Beerdigung findet in Mannheim am **Freitag**, den 1. Mai, nachmittags ¾6 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.

Das Seelenamt ist in der unteren Pfarrkirche am Samstag, den 2. Mai, morgens ¼9 Uhr.

Der Verstorbene wird dem Gebete seiner Mitbrüder und der Gläubigen empfohlen.

**Die tieftrauernden Hinterbliebenen.**

---

**Frachtbriefe** (mit und ohne Firma-Eindruck) liefert prompt und billigst
**„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei.**

---

## Letzte Erinnerung

an alsbaldige Erneuerung der Preuß.-südd. Klassenlotterie

**zur V. Haupt- und Schlußklasse**

mit 174 000 Treffern zusammen

**Millionen 64½ Mark**

Kaufloß hierzu erhältlich

| 1/8 | 1/4 | 1/2 | 1/1 Anteil |
|---|---|---|---|
| 25.— | 50.— | 100.— | 200.— Mk. |

**Ludwig Götz,**
**Großh. bad. Lotterieeinnehmer**
**Hebelstraße 11,** beim Rathaus.

---

Suche für tagsüber ein der Schule entlassenes

**Mädchen**

mit gutem Schulzeugnis.
Näheres **Steinstraße 16 I l.**

---

## Kinder-schreibpult

billig zu verkaufen.
**Werderplatz 34 im Schuhladen**

---

EIN WERTVOLLER FUND
ist für jeden der Schutz vor Husten, Heiserkeit, Katarrh sucht und Wybert-Tabletten noch nicht kennt. Die erste Schachtel Wybert-Tabletten erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien. Preis der Originalschachtel 1 Mk.

---

## Städt. Seefischmarkt.

**Hauptmarkt:** In der Fischmarkthalle hinter dem städt. Vieroxdtbad am **Donnerstagnachmittag** von 3½—7 Uhr und **Freitagvormittag** von 8—11 Uhr.

**Filialmärkte:** Durch den Verkäufer Zipf.

**Weststadt:** In der Sofienstraße 96/98 am **Donnerstagvormittag** von 9—11 Uhr und **nachmittags** von 3—6 Uhr.

**Oststadt:** In der Georg-Friedrichstraße am **Freitagvormittag** von 8—11 Uhr.

Karlsruhe, den 29. April 1914.

**Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.**

---

## Für die heil. Firmung

empfehlen der hochw. Geistlichkeit:

**Firmungsbuch** (auch gebunden, Preis je nach Umfang).

**Firmungs-Andenken,** enthaltend die Gebete vor, während und nach der heiligen Firmung, mit gedrucktem Namen des Bischofs, der Pfarrei und des Pfarrers, Angabe des Firmtages und der Kirche, worin gefirmt wird. 100 Stück Mk. 3.—, ohne Eindruck Mk. 2.—.

**Firmungs-Zeugnisse** (zur Aufsicht für den Geistlichen) mit dessen und des Pfarrorts Namen. 100 Stück Mk. 1.—, ohne Eindruck 50 Pfg.

**Bilder von Erzbischof und Weihbischof zur Verteilung an die Firmlinge.** 100 Stück Mk. 2.—.

**Beicht- und Kommunion-Zettel** mit religiösen Sinnsprüchen, nebst Ortsnamen und Jahreszahl, 1000 Stück Mk. 2.50, ohne Eindruck Mk. 1.50 (Anfertigung solcher nach Wunsch und Vorlage).

**Gewissens-Erforschungen für Erstbeichtende.** 100 Stück Mk. 1.20.

**Beichtspiegel** zur Generalbeicht. 100 Stück Mk. 10.—.

**„Badenia", Aktiengesellschaft f. Verlag u. Druckerei**
**Karlsruhe, Adlerstraße 42.**
Fernsprecher 535. Postscheck: Karlsruhe 4844.

---

**Herren-Anzüge** 1- und 2reihig
aus haltbaren Stoffen, in modernen Farben
Mk. 70.— 60.— 54.— 48.— 32.— 28.— **15.—**

**Sport-Anzüge**
beste Qualitäten, beste Verarbeitung
Mk. 50.— 42.— 38.— 28.— **20.—**

**Regen-Mäntel** (imprägniert)
Ersatz für Gummimäntel
Mk. 50.— 40.— 38.— 33.— **21.—**

**Herren-Hosen**
eleganter Schnitt, moderne Streifen, für starke und schlanke Figuren passend
Mk. 24.— 18.— 16.— 12.— 7.— **3.—**

**Herren-Anzüge**
Eigene Anfertigung
**Einheitspreis**
**36⁵⁰ und 42⁵⁰**

**Jünglings-Anzüge** 1- und 2reihig
mod. Fassons Mk. 36.— 28.— 20.— 16.— **9.50**

**Knaben-Anzüge**
in allen Grössen, Farben und Fassons
Mk. 29.— 20.— 15.— 10.— **3.50**

**Wasch-Anzüge**
(Marke „Duro") Mk. 12.50 8.— 6.50 **4.10**

**Wasch-Anzüge** Mk. 12.50 8.— 6.— 3.50 **1.90**

**Wasch-Blusen — Wasch-Hosen**

**Spezialhaus**

# Mees & Löwe

**Karlsruhe Kaiserstrasse 46.**

---

# *Voranzeige!*

# KühlerKrug

**Sonntag, den 3. Mai**

# Mai-Konzert

der **Grenadierkapelle**, persönliche Leitung **Musikmeister Bernhagen**, unter Mitwirkung des **Humoristen** und **Bayerischen Karikatur-Darstellers Toni Buk** aus Frankfurt a. M.

---

**Mannheimer Maimarkt**

## Jubiläumslotterie

Ziehung 6. Mai.
Mk. **60000** bar.
Haupttreffer Mk. 7000, 3500, 1500, 39 Gewinne zus. Mk. 40 000 alle auch in **Bargeld** zahlbar, teilweise ohne Abzug.

**Carl Götz**
**Hebelstraße 11 15, Karlsruhe.**

---

**Kaiserstraße 145,** Eingang Lammstraße, ist im III. Obergeschoß eine Wohnung von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort od. später zu vermieten. Näheres beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstr. 8, Zimmer 169.

---

## Großherzogl. Hoftheater
**zu Karlsruhe.**

Donnerstag, den 30. April 1914.
56. Abonnements-Vorstellung der Abtlg. A (rote Abonnementskarten.)

**Das Ungeheuer.**

Musikalisches Lustspiel in einem Akt nach Tschechow von Anton Beer-Walbrunn.
Musikalische Leitung: F. Cortolezis.
Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen:

Helene Iwanowna Popow eine junge Witwe, Gutsbesitzerin — B. Lauer-Kottlar
Grigorji Stepanowitsch Smirnow, Gutsbesitzer — M. Büttner
Luka, Diener b. Frau Popow — F. Mechler
Ein Gärtner, ein Kutscher, mehrere Arbeiter, Knechte und Mägde der Frau Popow.

Ort der Handlung: Gut der Frau Popow. — Zeit: Die Gegenwart.

**Hierauf:**

**Susannens Geheimnis.**

Intermezzo in einem Akt nach dem Französischen von Enrico Golisciani, deutsch von Max Kalbeck. Musik von Ermanno Wolf Ferrari.
Musikalische Leitung: F. Cortolezis.
Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen:

Graf Gil — F. Mechler
Gräfin Susanne, seine Gemahlin — Th. Müller-Reichel
Sante, Diener — H. Bussard
Ort der Handlung: Piemont. Zeit: Gegenwart.

Große Pause nach der ersten Oper.
Anfang 7 Uhr. Ende halb 10 Uhr.
Preise der Plätze: Balkon 1. Abt. Mk. 6.—, Sperrsitz 1. Abt. Mk. 4.50 usw.

---

**Uhren-Reparaturen**
**Keine über Mk. 2.50**
neue Feder 1 ₰, Glas, Zeiger, Bügelring je 20 ₰, langj. Anerkennung aus allen Kreisen, mit allen Hilfsmaschinen eingerich. Spezial-Reparaturwerkstätte f. Uhren jed. Art. **Zimmeruhren.** Postk. erbeten. **Hans Träger,** Uhrmachermeister, **Karlsruhe, Kaiserstrasse 17, H. II.**

---

**Nächste Woche!**

**Grosse Bad. rote Kreuz-Geld-Lotterie**

Ziehung garantiert 9. Mai
3328 Geldgewinne und 1 Prämie bar Geld.

**37000 M.**

Mögl. Hauptgewinn bar:

**15000 M.**

3327 Geldgewinne bar:

**22000 M.**

**Lose à 1 M.** { 11 Lose nur M. 10.- Porto u. Liste 30 Pf.
empfiehlt und versendet Lotterie-Unternehmer
**J. Stürmer,** Strassburg i. E., Langestr. 107.
Fil. **Kehl a. Rh.,** Hauptstr. 47
in Karlsruhe **Carl Götz,** Hebelstrasse 11/15.

E. Flüge, J. Dahringer, Fr. Haselwander, A. Schmitt, O. Landwehr Wtw.

---

E

# *Zeit*

*Ihre*

***Pelz- u. Wollwaren***

*in*

***Aufbewahrung***

*zu geben.*

*Adolf*

***Lindenlaub***

*Kürschnermeister*
*Kaiserstrasse 191*
*Telefon 846.*

*Die Sachen werden auf Wunsch abgeholt.*

---

## Zu vermieten.

Schöne, geräumige **Wohnung** von **5 Zimmern** und reichlichem Zubehör nebst **Werkstätte** und Lagerraum, in günstiger Lage, ist per 1. Juli d. Js. **zu vermieten.**
Näheres in der Geschäftsstelle des „Bad. Beobachters".

---

**Für die hochw. Herren Geistlichen!**

**Aufsichtsbüchlein über Christenlehrpflichtige**
(Stück 25 Pfg.)

**Mitteilungen an die Eltern betr. Versäumnis der Christenlehre**
(100 Stück 50 Pfg.)

**Zeugnisse für Christenlehrpflichtige (Ueberweisungen)**
(25 Bogen Mk. 1.— oder auf Postkarten 100 Stück Mk. 1.—.)

**„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag u. Druckerei,**
**Karlsruhe, Adlerstraße 42. Fernsprecher 535.**
Postscheck Karlsruhe 4844.

---

**Weisse** und **rote Tischweine**
**Flaschenweine** erster Produzenten
empfiehlt billigst
**Ludwig Wiedemann** Weingrosshandlung
Adlerstrasse 35 **Karlsruhe i. B.** Fernspr. 904.

---

# *Aufruf.*

***Das Jahr 1915*** *bringt unserer Stadt einen gewaltigen Fremdenverkehr.*

***Das Jahr 1915*** *verspricht für Handel und Wandel reichen Gewinn.*

***Das Jahr 1915*** *zwingt den unterzeichneten Verein zu grossen Ausgaben.*

*Unser Verein kann seine Aufgaben nur dann erfüllen, wenn er von allen Seiten durch Beitritt unterstützt wird. Wir bitten deshalb dringend, die Mitgliedschaft zu erwerben.*
*(Mindestbeitrag 3 Mk.)*

## *Verkehrs-Verein Karlsruhe.*

*Haupt-Geschäftsstelle: Rathaus. Zweig-Geschäftsstelle ab Juni: Verkehrsbureau im neuen Hauptbahnhof.*

*Der Verkehrs-Verein erteilt jede Auskunft über die Verkehrsverhältnisse in Karlsruhe und im In- und Auslande kostenlos. Die Mitglieder des Vereins erhalten die Vereins-Druckschriften unentgeltlich und geniessen auch sonstige Vergünstigungen.*

---

**20 Mk.** Einheitspreis **VIATOR**

# VIATOR

Deutsche Industrie, solide, tragfähige Qualität, pro Anzug 3.25 m, Mk. **20.— netto**

**Wilh. Wolf jr., Kaiserstr. 82 a**
Engros-Tuchabteilung. Eingang Lammstrasse.

**20 Mk.** Einheitspreis **VIATOR**